



KPÖ-Gemeinderatsklub

8011 Graz – Rathaus
Hofgebäude, Zimmer 114–118

Tel.-Nr.: + 43 (0) 316 – 872 2150
+ 43 (0) 316 – 872 2151
+ 43 (0) 316 – 872 2152
+ 43 (0) 316 – 872 2153

Fax: + 43 (0) 316 – 872 2159

E-Mail: kpoe.klub@stadt.graz.at

Gemeinderätin Elke Heinrichs

Donnerstag, 17. Dezember 2020

Antrag zur dringlichen Behandlung (gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

**Betrifft: Pfand als „Sicherheitsabgabe“ für Lithiumbatterien
und Lithium-Ionen-Akkus einführen**

Bei der Entsorgung von Elektrogeräten, Batterien und Akkus fehlt leider immer noch das nötige Problembewusstsein. Dieser Umstand führt bedauerlicherweise regelmäßig zu Bränden in Müllwägen und Sortieranlagen. Dass es hier Handlungsbedarf gibt, wird niemand leugnen.

Die Elektroaltgeräte-Koordinierungsstelle rechnet vor, dass 15 kg Elektroaltgeräte sowie 0,3 kg Batterien pro Kopf und Jahr gesammelt werden, was auf den ersten Blick zufriedenstellend erscheinen mag. Die Montanuniversität Leoben spricht von jährlich 1,4 Millionen entsorgten Stück Lithium-Ionen-Akkus und Lithiumbatterien. Alarmierend: 55% davon werden aber falsch entsorgt! Mehr als jeder zweite (!) Akku wird also unsachgemäß entsorgt. Da im Frühjahr corona-bedingt viele Sammelstellen geschlossen halten mussten, wird das Erreichen der EU-Sammelquote immer schwieriger.

Bekannterweise finden sich besagte Batterien und Akkus in Smartphones, Tablets, Uhren und technischem Spielzeug, aber auch in zunehmend größerer Ausführung in Haushaltsgeräten, Werkzeugen und E-Bikes. Akkus mit solch hohen Kapazitäten werden durch achtloses Deponieren zu einer immer größeren Gefahr für Mensch und Natur. Bei der Entwicklung der Geräte wird leider deren falsche Entsorgung am Ende ihres Funktionszyklus oft nicht mitbedacht – auch das muss sich ändern!

Was weniger bekannt ist: Im Vorjahr ist es mehrfach zu Bränden in Müllsortieranlagen gekommen. Beim Schreddern von Restmüll kommt es bei Akkus und Batterien durch Hitze und Druck zu Kurzschlüssen, welche sogenannte Terminal Runways (Kettenreaktionen) auslösen. Die Folge ist ein explosionsartiges Abbrennen der Akkus. So kam es Ende September 2019 zu einem Vollbrand in einer Klagenfurter Abfallaufbereitungsanlage. 70 Mann von der Feuerwehr waren im Einsatz. Die mächtige schwarze Rauchsäule war Objekt eines schrecklich-eindrucksvollen Videos. Fast zur gleichen Zeit kämpften 150 Feuerwehrleute in Villach gegen einen Großbrand in einer Abfall-Umladestation.

Angesichts der beschriebenen Vorfälle beschloss der Gemeinderat in Klagenfurt (und zwei Wochen davor bereits der Villacher Gemeinderat) ein Pfandsystem. Dieser Pfand wird als „Sicherheitsabgabe“ eingehoben. Wenn sich das Produkt beim Einkauf um ebendiesen Pfandpreis verteuert und dies entsprechend kommuniziert wird, darf davon ausgegangen werden, dass damit auch das Problembewusstsein solchen Artikeln gegenüber geschärft wird.

Im Übrigen haben sich die Städte Klagenfurt und Villach sowie das Land Kärnten diesbezüglich mit einer Petition zur bundesweiten Anpassung der Batterieverordnung an die Österreichische Bundesregierung gewandt.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Der Bundesgesetzgeber wird auf dem Petitionsweg ersucht, die gesetzlichen Voraussetzungen für die Einführung eines verpflichtenden Pfandsystems für Lithiumbatterien und Lithium-Ionen-Akkus zu schaffen.